Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8859**

14. Wahlperiode 24. 04. 2002

Antrag

der Abgeordneten Reinhold Hemker, Adelheid Tröscher, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, Wolfgang Behrendt, Rudolf Bindig, Hans-Günter Bruckmann, Hans Büttner (Ingolstadt), Detlef Dzembritzki, Gernot Erler, Petra Ernstberger, Gabriele Fograscher, Anke Hartnagel, Monika Heubaum, Frank Hempel, Ingrid Holzhüter, Barbara Imhof, Ulrich Kelber, Hans-Ulrich Klose, Karin Kortmann, Konrad Kunick, Dr. Elke Leonhard, Tobias Marhold, Lothar Mark, Markus Meckel, Ulrike Mehl, Christoph Moosbauer, Volker Neumann (Bramsche), Albrecht Papenroth, Johannes Pflug, Dr. Hermann Scheer, Dieter Schloten, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Emil Schnell, Volkmar Schultz (Köln), Joachim Tappe, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Inge Wettig-Danielmeier, Engelbert Wistuba, Hanna Wolf (München), Uta Zapf, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Monika Knoche, Dr. Angelika Köster-Loßack, Hans-Christian Ströbele, Christian Sterzing, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Afrikas neues Denken unterstützen

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt sich die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklung in unserem afrikanischen Nachbarkontinent widersprüchlich dar.

Viele Staaten Afrikas haben in den 90er Jahren wichtige Schritte in Richtung einer demokratischen Entwicklung, zur Sicherung der Menschenrechte und Partizipation der Bevölkerung eingeschlagen. In einigen Ländern sind der erfolgreiche wirtschaftliche Aufbau und die Festigung demokratischer Verhältnisse unübersehbar. In Staaten wie z. B. Botswana sind demokratische Strukturen seit langem fest verankert, in anderen Staaten wie Nigeria, Benin, Senegal, Ghana und Kap Verde haben friedliche Machtwechsel durch demokratische Wahlen stattgefunden. Länder wie Mosambik und Mali überwinden erfolgreich jahrzehntelange Bürgerkriege und Naturkatastrophen. Aber noch immer ist die Realität in manchen afrikanischen Ländern und Regionen durch Armut, Hunger, Krieg und Bürgerkrieg, Flucht und Vertreibung sowie schwerwiegende Verletzung der Menschenrechte gekennzeichnet. Trotz aller Bemühungen konnten der Krieg in der DR Kongo und andere bewaffnete Konflikte weiterhin nicht beendet werden. Durch die massive Ausbreitung von HIV/Aids und anderen Krankheiten werden viele Staaten Afrikas in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung dramatisch zurückgeworfen.

Von der im Zuge der Globalisierung entstandenen Dynamik des Welthandels hat Afrika bisher kaum profitieren können. Die Bedeutung Afrikas für den Welthandel ist marginal. Die Exporte Afrikas, eines Kontinents mit mehr als 10 % der Weltbevölkerung, sind auf 1,6 % des Welthandels gefallen, wovon etwa die Hälfte auf Südafrika entfällt. Der weltweite Anstieg von privaten Direktinvestitionen ging bisher weitgehend an Afrika vorbei. Im Jahr 2000 flossen 8 Mrd. US-Dollar private Direktinvestitionen nach Afrika, das ist weniger als 1 % des weltweiten Investitionsflusses. Diese konzentrierten sich zudem auf wenige Länder, vorwiegend auf Südafrika und Nigeria.

Die Ursachen für die schwerwiegenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemlagen, unter deren Folgen die Menschen in vielen afrikanischen Staaten leiden, sind vielschichtig. Sie liegen in ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen wie dem Preisverfall für afrikanische Exportprodukte oder der Behinderung durch Handelshemmnisse. Sie liegen in internen Strukturen, die vielfach durch Klientelismus, Korruption und fehlende oder zu schwache rechtsstaatliche Institutionen gekennzeichnet sind. Bewaffnete Konflikte, von privatisierter Gewalt bis hin zu zwischenstaatlichen Kriegen untergraben in manchen Ländern jeglichen Entwicklungsfortschritt. Schließlich sind viele Länder Afrikas in besonderer Weise von ökologischen Problemen wie z. B. Wüstenausbreitung, Dürre und Wasserknappheit belastet.

Aber es gibt ermutigende Ansätze, die darauf hinweisen, dass afrikanische Führungspersönlichkeiten zunehmend bereit und in der Lage sind, ihrer eigenen Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Kontinents gerecht zu werden. Auch afrikanische Führungseliten erkennen, dass durch Unterstützung von außen allein keine Überwindung der schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme Afrikas erreicht werden kann. Denn klar ist: Wo Bürgerkriege, Misswirtschaft oder verantwortungslose Regierungsführung Entwicklungsprozesse verhindern, kann auch Unterstützung von außen nicht wirksam sein. Sie sind sich bewusst, dass in Afrika tief greifende innere Reformen notwendig sind, damit Afrika nicht dauerhaft zum Verlierer der Globalisierung wird. Immer mehr verbreitet sich die Einsicht: Afrika kann und muss sich selbst helfen.

Wichtigster Ausdruck dieser neuen Denkweise ist die Initiative „New Partnership for Africa's Development"(NePAD). Diese Initiative, im Jahr 2001 von fünf afrikanischen Staatschefs angestoßen, steht für den in vielen afrikanischen Staaten wachsenden Willen, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu sichern, Armut und soziale Ungerechtigkeit zu überwinden und als gleichberechtigter Partner aktiv an der Gestaltung der globalen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung mitzuwirken.

Das NePAD-Gründungsdokument beschreibt die Ursachen für die mangelnden Fortschritte in Afrika und entwirft eine anspruchsvolle Strategie, um nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert zu erreichen. In allen relevanten Bereichen wie Friedenssicherung, gute Regierungsführung, Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement, Gesundheits-, Energie- und Wasserversorgung, werden Problemlagen, Handlungsoptionen und notwendige Reformschritte aufgezeigt, die aus afrikanischer Sicht erforderlich sind, um eine grundlegende Verbesserung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Afrika zu erreichen. Die NePAD-Initiative als politisches Programm hat einen dynamischen Prozess ausgelöst, an dem sich immer mehr afrikanische Staaten beteiligen. Bei ihrem Gipfel in Genua 2001 haben die G8-Staaten diesen Prozess begrüßt und beschlossen, bis zum nächsten G8-Gipfel (Juni 2002 in Kanada) einen Aktionsplan zur Unterstützung dieser Initiative zu erarbeiten.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- dass mit den Strategiepapieren „Afrika südlich der Sahara – außenpolitische Strategien und Regionalkonzept südliches Afrika“ (Auswärtiges Amt) sowie „Die afrikanische Herausforderung. Eckpunkte einer strategischen Afrikapolitik“ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) eindeutige Zielbestimmungen der deutschen Afrikapolitik vorliegen, die über die klassische entwicklungspolitische Zusammenarbeit hinaus verstärkt den politischen Dialog betonen;
- dass von der erweiterten HIPC-Initiative, zur Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer, die beim G8-Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln auf den Weg gebracht wurde, vor allem Länder in Afrika profitiert haben. Von den 26 Ländern, die bisher in die Umsetzung der HIPC-Initiative einbezogen wurden, liegen 21 auf dem afrikanischen Kontinent. Das Entlastungsvolumen für die afrikanischen Länder liegt bisher bei über 25 Mrd. US-Dollar;
- dass die Schuldenerleichterungen für die ärmsten afrikanischen Länder mit der Erarbeitung und Umsetzung von länderspezifischen Armutsbekämpfungsstrategien verbunden sind;
- dass mit der afrikanischen Initiative „New Partnership for Africa’s Development“ (NePAD), ein neues politisches Projekt auf den Weg gebracht wurde, das die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas klar als eigene Verpflichtung und Verantwortung der afrikanischen Staaten und Regierungen ansieht;
- dass die NePAD-Initiative sich die folgenden Aufgaben als Schwerpunkte gesetzt hat:
  - Investitionen in die Menschen Afrikas, um das afrikanische Entwicklungspotential zu nutzen
  - Ausschöpfung der komparativen Vorteile Afrikas im Landwirtschaftssektor und Entwicklung einer darauf aufbauenden Industrialisierungsstrategie
  - Erhöhung der Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien, um die „digitale Kluft“ zu überwinden
  - Durchführung der notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reformen, um diese Ziele zu erreichen;
- dass die NePAD-Initiative ein sicheres und friedliches Umfeld, eine demokratisch kontrollierte Regierungsführung und die Einhaltung der Menschenrechte als unabdingbare Voraussetzungen für die Umsetzung der genannten Aufgaben ansieht;
- dass die NePAD-Initiative ausdrücklich das Instrument der „peer review“, d. h. der afrikanischen Selbstüberprüfung der gesetzten Entwicklungsziele einführen will;
- dass sich die Bundesregierung aktiv am G8-Prozess zur Vorbereitung eines G8-Aktionsplans beteiligt, um den NePAD-Prozess zu unterstützen;
- dass der G8-Afrika-Aktionsplan das Ziel verfolgt, eine neue Form der Kooperation mit Afrika zu begründen, auf der Basis gemeinsamer Überzeugungen und unter afrikanischer Führung und Verantwortung für den afrikanischen Entwicklungsprozess;
- dass sich die G8-Afrika-Beauftragten bei ihren bisherigen Treffen auf vier Kernthemen verständigt haben, die bei der weiteren Vorbereitung des G8-Gipfels in Kanada im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen werden. Es sind dies:
  - gute Regierungsführung und Bekämpfung von Korruption

- Frieden und Sicherheit
- Bildung/Ausbildung und Gesundheit
- wirtschaftliches Wachstum und Privatinvestitionen;

- dass die G8-Afrika-Beauftragten bei ihren Beratungen ein besonderes Augenmerk auf die Querschnittsthemen: Regionale Kooperation und Integration sowie Landwirtschaft und Wasser legen wollen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der finanzpolitischen Leitlinien dazu auf,

- die afrikanischen Eigenanstrengungen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weiterhin wirksam zu unterstützen und dabei die NePAD-Initiative als wichtiges politisches Projekt zu stärken;
- sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen der G8 ausreichende finanzielle Mittel für den Afrika-Aktionsplan mobilisiert werden, damit er eine wirksame Unterstützung der NePAD-Initiative leisten kann;
- im Rahmen der G8 deutlich zu machen, dass eine substantielle finanzielle Unterstützung auf der Grundlage erfolgt, dass die Träger der NePAD-Initiative auch die von ihnen selbst eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte sowie zur Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Standards erfüllen;
- die konzeptionellen Grundlagen der deutschen Afrikapolitik kontinuierlich weiterzuentwickeln und dabei einen kohärenten Politikansatz zu verfolgen;
- dafür Sorge zu tragen, dass Afrika weiterhin der Schwerpunktkontinent der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bleibt;
- das Prinzip der „ownership“ noch stärker als Leitprinzip der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika zu verankern und dabei zu betonen, dass gerade die NePAD-Initiative nur erfolgreich sein kann, wenn sich die „ownership“ über die Ebene der Eliten hinaus auch auf die afrikanischen Gesellschaften erstreckt;
- im Rahmen der EU die Bemühungen um eine verbesserte Koordination zwischen den Mitgliedstaaten bei der Unterstützung Afrikas weiter zu verstärken. Dies muss sowohl für die politische Kooperation, wie auch für die Entwicklungszusammenarbeit gelten;
- zur Erarbeitung und Umsetzung von Stabilisierungskonzepten für Staaten beizutragen, die sich aufgrund von Bürgerkrieg und Staatszerfall kaum an der NePAD-Initiative beteiligen können;
- durch verbesserte technische Unterstützung und Beratung dazu beizutragen, dass afrikanische Staaten neue Handelserleichterungen (z. B. die „Everything but arms“-Initiative der EU) auch tatsächlich nutzen können;
- im politischen Dialog mit weiteren Industrieländern wie z. B. Japan und Kanada darauf hinzuwirken, dass diese sich der EU-Initiative „Everything but arms“ anschließen;
- die Bemühungen der afrikanischen Staaten, in den internationalen Organisationen und Verhandlungsprozessen ein stärkeres Gewicht zu erhalten, aktiv zu unterstützen;
- innerhalb der multilateralen Institutionen im Sinne einer Orientierung auf den NePAD-Prozess hinzuwirken und sich für eine weitere Unterstützung von NePAD einzusetzen;

- sich dafür einzusetzen, dass die G8-Staaten einen Folgeprozess beschließen, um nach dem G8-Gipfel in Kanada die Umsetzung des G8-Afrika-Aktionsplans kontinuierlich zu begleiten;
- in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Inland die Informationen über die Entwicklungen in Afrika zu vertiefen und damit ein differenziertes Bild des Kontinents zu vermitteln;
- den Deutschen Bundestag weiterhin in geeigneter Weise über die Zusammenarbeit mit Afrika auf den unterschiedlichen Gebieten zu unterrichten;
- die Zusammenarbeit mit Afrika in den folgenden Handlungsfeldern zu intensivieren und dabei länder- und regionalspezifische Schwerpunkte zu setzen:

  1. Armutsbekämpfung durch wirtschaftliche Entwicklung, Unterstützung bei der Schaffung wirtschaftsförderlicher Rahmenbedingungen z. B. durch Reformen im Finanz- und Steuersektor; verbesserte Förderung von privaten Direktinvestitionen im Rahmen von „Public Private Partnership“ (z. B. im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, der Infrastrukturentwicklung und der regenerativen Energietechnologie).
  2. Unterstützung der EU bei der Förderung länderübergreifender Infrastrukturprojekte, besonders im Bereich des Verkehrs, der Energie- und Wasserversorgung sowie der landwirtschaftlichen Kooperation.
  3. Förderung von Krisenprävention, ziviler Konfliktbearbeitung, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, unter anderem auch durch die Ausweitung der auf diesen Gebieten bewährten Arbeit der politischen Stiftungen.
  4. Unterstützung und Ausbau der Institutionen des regionalen afrikanischen Menschenrechtsschutzsystems.
  5. Schutz der natürlichen Ressourcen, Bekämpfung der Wüstenausbreitung, Verbesserung der Wasserversorgung, Förderung erneuerbarer Energien.
  6. Bekämpfung des Hungers und Sicherung der Ernährung durch die Förderung ländlicher Entwicklung und demokratischer Landreformen.
  7. Verstärkung der bi- und multilateralen Anstrengungen, um Aids und andere Krankheiten, insbesondere Malaria und Tuberkulose, wirksam zu bekämpfen.
  8. Unterstützung der regionalen und subregionalen wirtschaftlichen und politischen Kooperations- und Integrationsbemühungen.
  9. Stärkung der Fähigkeiten der afrikanischen Staaten, in den internationalen Institutionen wie IWF und Weltbank und in der neuen WTO-Verhandlungsrunde ihre Interessen wirksam einzubringen.
  10. Verstärkung des kulturellen Austauschs sowie der Forschungs- und Wissenschaftskooperation auf allen relevanten Gebieten; Ausbau der Zusammenarbeit im Bildungs- und Ausbildungswesen.
  11. Überwindung der „digitalen Spaltung“ durch verstärkte Investitionen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien.
  12. Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen für die Entwicklung Afrikas durch Unterstützung der internationalen Bemühungen um die Rückführung der ins Ausland verbrachten Fluchtgelder afrikanischer Potentaten.

13. Unterstützung der im Ausland lebenden Afrikanerinnen und Afrikaner, in ihren Heimatländern zu investieren und – wenn sie es wünschen – in ihre Heimatländer zurückzukehren, um zum wirtschaftlichen Aufbau beizutragen.

Berlin, den 24. April 2002

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333